

**Anfrage zur mündlichen Beantwortung O-000095/2014
an die Kommission**

Artikel 128 der Geschäftsordnung

Laura Agea, Dario Tamburrano

im Namen der EFDD-Fraktion

Betrifft: EU-Stahlsektor: Schutz von Arbeitnehmern und Unternehmen

In den vergangenen Monaten hat die Kommission eine Reihe von Anfragen zur Lage am Industriestandort Terni (Italien) erhalten, insbesondere bezüglich des Stahlunternehmens Acciai Speciali Terni (AST). Der jüngste Plan zur Umstrukturierung des Unternehmens, der der italienischen Regierung von ThyssenKrupp vorgelegt wurde, sieht die Entlassung von ca. 550 Arbeitnehmern und die Stilllegung eines Schmelzofens vor. Diese Maßnahme sei notwendig, um das Überleben des Unternehmens zu sichern. Dabei sollte jedoch beachtet werden, dass die Personalkosten in Wirklichkeit nur 4 % des Umsatzes ausmachen, während das Gros der Kosten für Energie, Rohstoffe und Transport anfällt.

Die Stadt Terni kann nicht auf ein Unternehmen verzichten, in dem 2 700 Einwohner beschäftigt sind, dessen Umsatz allein 15% des BIP der Region Umbrien ausmacht und dessen Ausfuhren – einschließlich der von Zulieferern – für ein Drittel aller Exporte aus der Region stehen.

Das Parlament hat kürzlich einen Maßnahmenplan für die EU-Stahlindustrie beschlossen. Die Fragesteller fordern nun jedoch spezifische Maßnahmen zur Sicherung der Beschäftigung und der Wettbewerbsfähigkeit.

Im Hinblick darauf, dass die Stahlindustrie ein strategischer Sektor der Industriepolitik der EU ist:

- Welche Maßnahmen will die Kommission ergreifen, um die hohen Energiekosten zu senken, die dem Sektor in der gesamten EU schaden?
- Ist die Kommission der Ansicht, dass die EU-Stahlindustrie in einer globalisierten Welt überleben kann? Welche Anreize für die EU-Stahlunternehmen können ins Auge gefasst werden, damit diese Unternehmen die EU nicht verlassen und Betriebsverlagerungen verhindert werden, so dass die Arbeitsplätze gesichert werden?
- Erwägt die Kommission eine Überprüfung der EU-Wettbewerbspolitik, um das Entstehen solcher Situationen in Zukunft zu verhindern?

Eingang: 10.12.2014

Weiterleitung: 12.12.2014

Fristablauf: 19.12.2014